



## Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen [REDACTED]  
geboren am [REDACTED]

Vorwurf: Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201 Abs. 1 StGB)

wird gemäß §§ 102, 105 StPO die Durchsuchung der oben aufgeführten Wohnung und anderer Räume der Beschuldigten sowie ihrer Person und der ihr gehörenden Sachen sowie PKWs angeordnet, da zu vermuten ist, dass die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird, nämlich von

- PCs, Laptops, Tablets, Handys, externen Festplatten und sonstigen Datenträgern, auf welchen Tonaufnahmen und/oder Videoaufnahmen gespeichert sein könnten.

Die Durchsuchung erstreckt sich auch auf vom Durchsuchungsobjekt räumlich getrennte Speichermedien, soweit auf sie von den durchsuchten Räumlichkeiten aus zugegriffen werden kann (§ 110 Abs. 3 StPO).

### **Gründe:**

[REDACTED] ist verdächtig

in [REDACTED]  
im Juni 2015 bis März 2016

unbefugt das nicht öffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufgenommen und eine so hergestellte Aufnahme gebraucht und Dritten zugänglich gemacht zu haben.

[REDACTED] Beschuldigte stellte im oben genannten Tatzeitraum Tonaufnahmen diverser aufgezeichneter Telefonate mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landgerichts Flensburg und des Amtsgerichts Husum auf dem Internetportal „YouTube“ ein, ohne dass in den Mitschnitt und die anschließende Veröffentlichung im Internet durch die jeweiligen Gesprächspartner eingewilligt worden ist.

[REDACTED] Beschuldigte ist dieser Taten verdächtig aufgrund der vorliegenden „YouTube“-Mitschnitte.

Dieser Sachverhalt konnte bislang noch nicht abschließend geklärt werden; es besteht nach bisherigen Erkenntnissen der naheliegende Verdacht, dass eine Durchsuchung